



**FDP**

**Fraktion  
Region Hannover**

**Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden**

**Dieter Lüddecke in der Regionsversammlung am 26.04.05**

## **Thema: Neuaufstellung des Regionales Raumordnungsprogramm 2005 – Bürgereinwände müssen mehr berücksichtigt werden!**

Die FDP-Fraktion begrüßt die Tatsache, dass nach nunmehr 10 Jahren eine längst überfällige Neuauflage des Regionalen Raumordnungsprogramms erfolgen wird. Wir messen der Planungssicherheit der Städte und Gemeinden hohe Bedeutung zu. Die Verabschiedung noch in diesem Jahr begrüßen wir daher sehr. In diesem neuen RROP sind einige positive Aspekte enthalten, von denen ich als Beispiele den Ausbau des Regionalen Radwegenetzes sowie die Erläuterungen zum Torfabbau anführen möchte.

Es sind jedoch in diesem neuen Programm auch einige wichtige Punkte enthalten, die unseren Überzeugungen widersprechen und denen wir daher anderslautende Forderungen entgegenzusetzen:

### **1. Maßvolle und bürgerverträgliche Nutzung der Windenergie:**

Die FDP-Fraktion vertritt im Gegensatz zur rot-grünen Mehrheitsgruppe die Auffassung, dass im Regionalen Raumordnungsprogramm 2005 keine Neuausweisung von Vorrangstandorten für Windenergie enthalten sein sollte. Es sollte eine Beschränkung auf die im derzeit noch gültigen RROP 1996 festgelegten Standorte erfolgen.

Die im Beteiligungsverfahren vielfach von Kommunen und Bürgern geäußerten Bedenken hinsichtlich der Neuausweisung von Standorten, der Abstände zu Wohnbebauung und der Höhenbegrenzung, die aus den Städten und Gemeinden Pattensen, Seelze, Sehnde, Wedemark, Springe, Uetze, Hemmingen und Neustadt kamen, sollten ernst genommen werden und besser berücksichtigt werden. So ist es doch nicht verwunderlich, dass bei heute standardüblichen Windkraftanlagen von 140 Metern Höhe mit einer in der Region Hannover üblichen Entfernung zu Wohngebieten zwischen 500 und 700 Metern zwangsläufig Konflikte entstehen und massive Bürgerproteste hervorgerufen werden. Die FDP-Fraktion fordert daher eine Umsetzung der Anregungen des Landes Niedersachsen, dass einen Abstand von Windkraftstandorten zu Wohngebieten von mindestens 750 Metern empfiehlt und im neuen Landesraumordnungsprogramm von mindestens 1.000 Metern vorschlagen wird.

Dass die Regionsverwaltung überdies als Argument für die Neuausweisung von Windenergie-Standorten ins Feld führt, man müsse dem Forderungskatalog der Windkraftbranche aus Angst vor Klagen in großen Teilen gerecht werden, ist als absolutes Armutszeugnis zu bezeichnen. Als geradezu absurd beurteilt meine Fraktion die Tatsache, dass die von den Grünen in der Region Hannover dominierte ideologische Sichtweise der Mehrheitsgruppe völlig ignoriert, dass sich in vielen Kommunen der Region Hannover SPD-Politiker, aber auch ein Grüner, nämlich der Neustädter Bürgermeister, gegen diese übermäßige Schwerpunktsetzung auf die Windenergie im Bereich der Erneuerbaren Energien wenden. Bürgernähe scheint hier endgültig der Ideologie gewichen zu sein.

Die unverbesserlichen Ideologen bei den Grünen möchte ich darauf hinweisen, dass die

Windenergienutzung in unserer Region aufgrund der häufigen Windflauten niemals wirklich wirtschaftlich sein wird, da in Ausfallzeiten – und dieses ist gleichfalls in Zeiten von Starkwind der Fall – Kraftwerke mit herkömmlicher Energieerzeugung, hierzu zählen auch Atomkraftwerke, hochgefahren werden müssen. Zwar müssen auch für herkömmliche Kraftwerke in Ausfallzeiten für Wartungsarbeiten oder ähnliches Ersatzkraftwerke bereitgehalten werden, um eine ausreichende Energieversorgung der Bevölkerung zu garantieren, jedoch ist als entscheidender Unterschied die Nicht-Planbarkeit des Ausfalls der Windenergie-Anlagen zu benennen.

## **2. Siedlungsentwicklung nicht unnötig beschränken:**

Die Siedlungsentwicklung sollte nicht vorrangig auf ausgewiesene zentralörtliche Standorte konzentriert werden, die Einzugsgebiet des schienengebundenen ÖPNV sein müssen. Als Beispiel sei hier die Gemeinde Uetze mit ihrer Ortschaft Dollbergen angeführt. Auch hier müssen die Belange der Städte und Gemeinden besser berücksichtigt werden, damit nicht binnen kurzer Zeit in einigen Kommunen die Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit gefährdet werden.

## **3. Auflockerung der Handhabung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes:**

Ich vertrete die Auffassung, dass das Regionale Einzelhandelskonzept künftig nicht mehr so rigide gehandhabt werden sollte, um in diesen Zeiten der schwächelnden Konjunktur neues Wachstum zu ermöglichen.

Eine Änderung des noch gültigen RROP 1996, die hier heute beschlossen werden wird und die eine Ausnahmegenehmigung für die Ansiedlung eines IKEA-Marktes auf dem Expo-Gelände ermöglicht, geht in die richtige Richtung.

## **4. Unterstützung des Baus der Leinequerung:**

Die FDP-Fraktion setzt sich für eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Nord-Westen Hannovers durch die Leinequerung ein. Wir unterstützen damit Forderungen aus der Stadt Hannover, neben einer Flächenausweisung auch die notwendigen Untersuchungen voranzutreiben, um eine Planung dieses Vorhabens, dem auch vom Gutachterbüro Schnüll-Haller günstige verkehrliche Wirkungen im motorisierten Individualverkehr attestiert wurden, zügig in Angriff nehmen zu können. In unserem Änderungsantrag fordern wir, dass die Regionsverwaltung damit beauftragt wird, schnellstmöglich hierzu notwendige und geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten.

## **5. Ausreichende Übungsmöglichkeiten für die Bundeswehr ermöglichen:**

Meine Fraktion macht sich stark für die Forderungen der Bundeswehr nach ausreichenden Übungsplätzen in Abgleich mit den örtlichen Natur- und Landschaftsschutzbelangen.

## **6. Befürwortung des Baus eines Golfplatzes in Gehrden:**

Die FDP-Fraktion hat sich als einzige Fraktion von Anfang an entschieden für dieses Projekt ausgesprochen und sagt diesem Vorhaben, gegebenenfalls nach Veränderungen der Planungen, um die notwendige Mehrheit hierfür zu erzielen, auch zukünftig die vollste Unterstützung zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus den von mir ausgeführten Gründen möchte ich Sie auffordern, sich unserem Änderungsantrag anzuschließen. Meine Fraktion wird den CDU-Änderungsanträgen, deren Forderungen sich zum Teil mit unseren decken, zustimmen. Der Änderungsantrag des BürgerForums geht in die richtige Richtung, ist jedoch zu kurz gesprungen. Die Änderungsanträge von SPD und Grünen sind unserer Auffassung nach nicht dazu geeignet, den zahlreichen Bedenken und Einwänden der Bürger angemessen gerecht zu werden. Daher werden wir diese ablehnen.